



### Der Pfah am Wasser.

Die Rede, die Prinz Ludwig von Bayern auf der Tagung des Deutschen Schiffschiffvereins in München hielt und in der er sich bitter über die Zurücksetzung Bayerns in den Schiffsfahr- und Kanal-Angelegenheiten beklagte, wird von den konservativ-agrarischen Kreisen mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen worden. Insbesondere wird die gegen die preussische Mittellandkanalpolitik gerichtete Stelle dem freimütigen Prinzen, der sich schon manchmal in einen erfreulichen Gegenlag zu einflussreichen Kreisen gelagert hat, sehr lobend vermerkt werden. Sie lautet, um es noch einmal zu wiederholen:

„Ein preussisches Geleß belagert Kanäle dürfen nicht gebaut werden, bis Binnenfahrtsabgaben eingeführt werden.“ Kanäle werden trotzdem gebaut. Der Anfang ist gemacht, der schließt am Main aber noch in keiner Weise. Nun wissen Sie, daß wir in Bayern uns bereit erklären, für die Schiffsfahrtsabgaben zu stimmen; wenn sie nicht zustande kommen, so können wir nichts dafür. Aber wir sind gekränkt, wenn wir aus solchen Ursachen immer hinterzogen werden müssen. Es ist unglücklich, daß der ganze Südbogen von Deutschland von dem großen Wettbewerber mit der Ost- und Nordsee ganz abgefloßen ist.“

Diese Zurückweisung der agrarischen Hemmungsbefreiungen dem großen Kanalprojekt gegenüber ist nur zu wohl berechtigt. Nicht ohne Sorge vernimmt man in Norddeutschland die Kunde von der Mißwirtschaft in Bayern. Die bösen Worte „Mainlinie“ und „Reichsverdröppelheit“ tauchen aufs neue auf. Im Sinne der liberalen Anschauung liegt es, diese Worte wieder zu verbannen und Bayern den Pfah am Wasser mit verlässlichen zu helfen, den es, nach der Rede des Prinzen zu urteilen, so sehr bedarf. Der Liberalismus von Nord- und Süddeutschland ist in diesen Fragen völlig eines Sinnes. Reaktionäre Verleumdungen und Wirtschaftspolitik aber schafft und vertieft die Mainlinie.

### Das preussische Ausweisungssystem.

Ueber das preussische Ausweisungssystem an der russischen Grenze hat das Ministerium des Innern schon oft die heftigste und gerechtfertigteste Kritik in den Parlamenten hören müssen. Diese Praxis ist und bleibt einer der dunkelsten Punkte in unserer Verwaltung. Leider dauert, namentlich in oberschlesischen Industriebezirk, das System der Ausweisungen, oder besser gesagt Auslieferungen unliebsamer russischer Staatsangehöriger an die Grenzen des Grenzlandes bestehen. Vor drei Wochen erst verurteilte ein Gendarm, kurzerhand einen russischen Deserteur den russischen Behörden zu übergeben. Die Wachsamt des liberalen Bürgermeisters des betreffenden Ortes hinderte ihn noch rechtzeitig daran. Ganz eigenartig verfuhr man mit den in Oberhieseln auf den Werken massenhaft tätigen russischen Arbeitern. Zwei russische Arbeiter wurden von der Ratowitzer Polizei abgeholt, als sie eine sozialistische Versammlung besuchen wollten. Sie wurden zur Wade gebracht, man stellte ihre Personalien fest und ließ sie dann laufen. Nach einigen Tagen erschien ein Gendarm, nahm den einen der beiden Arbeiter, fuhr mit ihm nach dem russischen Sosnowice und übergab ihn dort der russischen Polizei mit dem Bemerkung: Der Mann ging bei uns in sozialistische Versammlungen! In Sosnowice wurde der Mann drei Wochen im Gefängnis festgehalten. Bei seiner Entlassung wurde ihm gesagt: Ein Glück, daß Sie nur in Deutschland sozialistische Versammlungen besucht haben; bei uns wären Sie verbannt worden. — Derartige Ausweisungen sollen, wie man dem „B. a. d. R.“ hierzu noch schreibt, in Oberhieseln oft vorkommen. Sie geschehen in aller Stille, und kein Mensch erfährt etwas von den Ungerechtigkeiten, die in keinem Geleß eine Begründung finden. Wir möchten untererleiden den Minister d. W. diese fragen, ob er von diesen Dingen auch nichts weiß — wie in der Schüding-Häuser?

### Geheime Wahl und Zeugnispflicht.

Die bayerische Zweite Kammer hat die Wahl des liberalen Abgeordneten Cronauer im 12. pfälzischen Wahlkreis Gernersheim für ungültig erklärt. Das ist ein brutaler Akt der Willkür, der beutlich zeigt, wessen man sich vom Zentrum zu versichern hat, wenn es an der Macht ist. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Wenn nämlich die Zeitungsberichte zutreffend sind, so hat gleich nach der Wahl in Willstheim, einem Orte des Wahlbezirks Gernersheim, der Ortsvorsteher durch persönliche Nachfragen bei den dort anwesenden katholischen Wählern feststellen gesucht, wie sie gewählt haben. Er hat sich ihre Auskunft von ihnen schriftlich bestätigen lassen und an der Hand dieser Erklärungen festgestellt, daß noch ihnen mehr Zentrumsstimmen im Orte abgegeben sein müßten, als vom Wahlvorstand als abgegeben protokolliert worden waren. Daraufhin wurde von ihm bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Wahlvorstand wegen Wahlfälschung gestellt, und die Anklagebehörde ersuchte das zuständige Amtsgericht um eidliche Vernehmung der Wähler über ihre Stimmabgabe. Die eidliche Vernehmung erfolgte und betrafte den Inhalt der schriftlichen Erklärungen. Trotzdem lehnte die Staatsanwaltschaft, indem sie die Beweiskraft der geleisteten Eide angezweifelte, die Erhebung der Anklage ab. Die Wahlprüfungs-kommission des Landtages aber erachtete das Ergebnis für zweifelhaft genug, um auch den Wahlakt selbst als zweifelhaft erklären und deshalb die Wahl kassieren zu können.

### Der „Jannot. Courier“ meint mit Recht:

„Wenn eine eidliche Vernehmung der Wähler überhaupt zulässig ist, dann könnte ja die geheime Wahl in weitem Umfang praktisch illusorisch gemacht werden. Deshalb schlägt er vor, bei der bevorstehenden Revision der Strafprozessordnung vorzuschreiben, daß über die Ausübung des Wahlrechts Zeugen nicht befragt werden dürfen. Diesen Vorschlag sollte man unseres Erachtens im Auge behalten. Aber auch die Vorgänge im Willstheim. Sie sind für die öffentliche Moral des Zentrums ungemein charakteristisch.“

### Braunschweigisches.

Wie im „Berliner Tageblatt“ ein Sonder-Korrespondent aus Braunschweig schreibt, wünscht man in braunschweigischen Kreisen nichts schlichter, als daß sich der Regent von Braunschweig, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der bekanntlich in der kurzen Zeit in dem Herzogtum Braunschweig außerordentlich beliebt geworden ist, sich mit der zweiten Tochter des Herzogs von Cumberland verheiraten möge. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt allerdings zu diesem Wunsch, daß es nicht „sehr taftvoll“ sei, jetzt schon von einer Wiederverheiratung des Herzogs Johann Albrecht zu sprechen, da doch die Herzogin kaum sechs Wochen tot wäre. Im übrigen wird in dem Artikel des Berliner Blattes betont, daß eine Verheiratung des Herzogs Johann Albrecht vor allem im mecklenburgischen Interesse wünschenswert sei, da die Ehe des jetzigen Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, der bekanntlich eine Tochter des Herzogs von Cumberland zur Gemahlin hat, kinderlos ist.

### Die Brautleute

Ist zwar erst vor zwei Jahren erhöht worden, das Bier soll aber, wenn es nach dem Willen des Reichsfinanzministers geht, auch diesmal wieder „bluten“. Ueber die auf eine Erhöhung der bestehenden Brautleuer gerichteten Bestrebungen erzählt das „B. T.“ von unterrichteter Seite, daß folgende Ermittlungen durch die Organe der Zollverwaltung angeordnet worden sind:

Bereits unter 15. Mai dieses Jahres hat der Reichsfinanzminister (Reichsfinanzamt) die sämtlichen Bundesregierungen der norddeutschen Brautleuergemeinschaften ersucht, Erhebungen über die Bierpreise in den Schauffrachten und den Kohnungen, welchen die Verkäufer erzielen, nach einem bestimmten Formular anzuordnen. Es sollen die Schauffrachten in drei Kategorien unterteilt werden, und zwar solche in denen die oberen Gesellschaftsklassen verkaufen, ferner solche, wo die Mittels- und Schichtklassen vorwiegend sich aufhalten, und drittens solche, welche für Sommerfräule und die unteren Bevölkerungsklassen bestimmt sind. Es waren bereits vor zwei Jahren ähnliche Ermittlungen angeordnet und von den Reichsfinanzämtern für Fülle und Steuern ausgeführt worden. Diese hatten jedoch das Ergebnis, daß der Kohnungen der Verkäufer vielfach ein exorbitanter genannt werden konnte, besonders im Hinblick auf die weit niedrigeren Verkaufspreise in Bayern trotz der bedeutend höheren Steuer. Es wurden daher im Reichstage von einigen Abgeordneten Zweifel über die Richtigkeit der Ermittlungen erhoben, und die Folge davon war, daß sie jetzt in noch größerem Umfange allgemein durch die Organe der Zollverwaltung angeordnet wurden. Diese Ermittlungen sind bis zum Schluß des Monats August dem Reichsfinanzamt (Reichsfinanzamt) einzuliefern.

Daß diese Ermittlungen in der Absicht geschehen, das Bier einer noch höheren Besteuerung zu unterwerfen, liegt auf der Hand.

### Parteinachrichten.

Die „Matth. Bl.“ schreibt: In Sachen der Preussisch-Angemündeter Erziehung zum Reichstage bringt die „Bl. Korresp.“ eine Notiz, die so aufgesetzt werden könnte, als hätten die Nationalliberalen des Wahlkreises pflichtig ihr Herz für den agrarisch-konservativen Kandidaten entdeckt oder seien willens, der liberalen Sache irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Das ist natürlich unrichtig. Die Nationalliberalen sind vielmehr nach wie vor bereit, den Wahlkampf gemeinsam mit den Linksliberalen zu führen. Nur die Kandidatur des Herrn Pastor Schmidt haben sie nach eingehender Information über die politische Schattierung dieses Bewerbers, insbesondere auch nach Kenntnisnahme seiner Kandidatur ablehnen zu müssen geglaubt. In der hat sich Herr Pastor Schmidt wiederholt als Gegner des Volks bekannt; von einem so bestimmten Herrn meinen bei der gegenwärtigen Situation die Nationalliberalen sich keine Förderung ihrer Wünsche und Ziele im Reichstage vorzulegen zu können. Die Nationalliberalen des Wahlkreises Preussisch-Angemündeter haben den Linksliberalen aber an demselben Ort, einen anderen, ihnen mehr genehmen Kandidaten zu nominieren. Da das nicht geschehen ist und die Linksliberalen auf ihrem Delegiertentag vom letzten Sonntag beschlossen haben, an der Kandidatur des Herrn Pastor Schmidt festzuhalten, werden die Nationalliberalen entweder noch eine Präferenzkandidatur aufstellen oder die Abstimmung freigeben.

### Schul.

In Sachen der Mädchenhuldeform hat der Kultusminister zu den Ausführenden vorgeschritten. Er hat bekanntlich, am 1. April 1909 in Kraft tretenden Bestimmungen jeht Ermittlungen angeordnet, die für das Uebergangstadium nicht ohne Bedeutung sein dürften. Die Ermittlungen

erstreckten sich auf die Zahl der vorhandenen Mädchenhulden, ihre Einrichtungen und insbesondere ihre künftige Qualifikation, ihre höheren Mädchenhulden, welche mit der Reorganisations der hiesigen Städt. Arbeit zu beschäftigen bekommen, werden namentlich in den Uebergangsjahren mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

### Ausland.

#### Willkürliche Unterbrechung einer deutschen Zeitung.

Welche Willkür noch in den Ozeanprovinzen unter dem Kriegszustande herrscht, erweist man aus dem Umstande, daß die in Riga erscheinende deutsche liberale Zeitung „Rigaer Neuzeit“ wegen bloßen Ueberdrußes eines Artikels aus einem russischen Blatte unterdrückt worden ist, nachdem der Generalgouverneur die Zeitung schon viermal vorher wegen Ueberdrußes von Artikeln aus anderen Blättern — drei russischen und einem deutschen — die unbeachtlichen Artikel waren, mit Strafen von 500 bis 3000 Rubel besetzt hatte.

#### Tollst, ein Keger.

Wie der „Russischen Korrespondenz“ aus Petersburg telegraphiert wird, hat der Unterrichtsminister Schwarz durch Zirkularverfügung sämtliche Lehranstalten unterlagt, gelegentlich der bevorstehenden Jubiläumfeier Tolstois an irgendwelchen Erörterungen für den Schriftsteller teilzunehmen.

#### Eine unerhörte Frechheit.

Wie der „Russischen Zeitung“ aus Tanager telegraphiert wird, hat sich der assisiische Führer Wu Yuda, der noch über 1000 Mann, darunter zahlreiche Algerier, und einige Gebirgsverstecke und von Tanager aus mit allen Mitteln unterstützt wurde, sich auf die Nachricht von der Arrestierung Mulan Hafid nach der Festhaltung der Assisi zurückgezogen. Eine kleine haßvolle Abteilung war ihm entzogen, konnte aber sein Entweichen nicht mehr hindern. Vor dem Uebertritt nahm er Läufer der europäischen Postämter, die von Tanager kamen, gefangen und schleppte sie in Ketten nach Afrika mit. Der assisiische und der französische Läufer wurden dort mit ihren Postkästen entlassen, der deutsche Läufer wurde mißhandelt und mit dem Tode bedroht; sein Postkasten mit wichtigen Briefen aus Tanager erbrochen und völlig ausgeraubt. In Afrika hat Wu Yuda ferner zwei deutsche Postläufer aus Karak gefangen gefesselt und ihre Säcke beraubt. Diese Tat ohnmächtiger Wut, die den letzten Wochen gut funktionierenden Dienst der deutschen Post empfindlich schädigt, wird von allen Deutschen als unerhörte Frechheit empfunden.

#### Ferner melbet das Russische Bureau:

Tanager, 26. August. El Menebi, der Minister des Auswärtigen Mulan Hafid, durchzog die Gegend von Tanager, ließ die Führer der Stämme und Truppenabteilungen sammeln und machte sie verantwortlich für etwaige Unfortwähigkeiten und alle Handlungen, die mit den Vorkehrungen der Abgesandten in Widerspruch stehen. Wu Yuda soll sich in der Residenzstadt Afrika ergeben haben.

#### London, 28. August. „Daily Telegraph“ melbet aus:

Tanager: Wu Yuda, der Gouverneur von Afrika, weigert sich, Mulan Hafid als Sultan zu proklamieren oder sich ihm mit seinen Streitkräften zu ergeben. Der haßvolle Minister El Menebi sowie Kaiserfeld jenseit geftern mit einer Streitmacht ausgezogen, um ihn zur Unterwerfung zu zwingen. Es wird berichtet, daß die Franzosen mit Abdul Afis Vorbereitungen für eine neue Expedition gegen Marakoff treffen. Es werde eine Mahalla gebildet, die bereits über 4000 Mann zählt.

#### Das neue Regime in der Türkei.

Der Vorschlag der Zeitung „Osman“, den preussischen General von der Goltz als militärischen Ratgeber heranzuziehen, dürfte nach einem Reuters Telegramm vom 22. August kaum zur Annahme gelangen. Es heißt in dem erwähnten Telegramm, daß die Türkei eine genügend große Anzahl regulärer Offiziere besitze, um selbst die Reformen der Armee in die Hand zu nehmen, und daß die besten Offiziere seien bisher wegen des hergehenden Einklinkens meistens nicht zur Verwendung gelangt. Was die Ernennung von ausländischen Ratgebern für das Finanzwesen und die Flotte anbetreffe, so sei die darüber verbreitete Nachricht von dem Heranziehen englischer und französischer Hilfe verfrüht. Im allgemeinen herrsche die Ansicht, daß die neue Regierung sich daran tun werde, sich erst in ihrer Stellung zu festigen, ehe sie an das Engagement von Ausländern denke.

#### Kleine Tagesnachrichten.

— In Aentingen und Groß-Mansuere (Kathringen) werden sechs Italiener verhaftet, in deren Wohnungen bei einer Hausdurchsuchung arachidische Drucksachen gefunden wurden.  
— In Stockholm wird heute ein internationaler Kongress für Industriellen Reichsversammlung eröffnet werden.  
— Wie nunmehr feststeht, wird der serbische Handelsvertrag auf Grund des Ermächtigungsgesetzes am 1. September in Wien ratifiziert werden.

# Brautleute

sowie sonstige Möbel-Interessenten sollten nicht versäumen, vor Einkauf ihres Bedarfes meiner ständigen grossen Möbel-Ausstellung in jedem Geschmack und in jeder Preislage einen zwanglosen Besuch abzustatten. Kein Laden aber enorm grosse Ausstellungsräume direkt im fabrikgebäude. ::::::::::::::

Möbelfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstr. 36 a u. b.





